

Auszug aus der Festschrift 50 Jahre Hamburgische Architektenkammer 1965-2015

Interview Landschaftsarchitekten

Gefroi: Wie hat sich das Berufsbild des Landschaftsarchitekten in den letzten zwei Dekaden verändert?

Runge: Ich würde ich noch weiter zurückgehen. Ich bin noch als „Gartenarchitekt“ in die Kammer eingetreten, nicht als „Landschaftsarchitekt“. Auch die Gebührenordnung hieß GOGA – Gebührenordnung für Gartenarchitekten. Die Umbenennungen sind ein deutliches Zeichen für den Wandel, der stattgefunden hat. In dieser Zeit ist die Sparte der Landschaftsplanung entstanden. Die Landschaftsplaner haben ihren eigenen Weg gesucht und sich von den Gartenarchitekten abgesetzt. Es gab Differenzen zwischen traditionellen Gartenarchitekten und den neuen Landschaftsarchitekten, weil die Landschaftsarchitekten stark auf den Naturschutz fokussiert waren und für die Gartenarchitekten die traditionelle Gestaltung im Vordergrund stand. Das war ein starker Konflikt in den achtziger und neunziger Jahren. Heute ist man wieder eher zur Zusammenarbeit bereit.

Berg: Die Trennung hat sich überlebt. Es geht doch darum, Landschaften zu entwickeln. In den Themen „Grüne Infrastruktur“ und „großräumige Freiflächenplanung“ werden Landschaftsarchitektur und Landschaftsplanung als Teil der Gestaltung von Kulturlandschaften wieder zusammengeführt. Bedauerlich ist, dass die Entwicklung an den Ausbildungsstätten als Folge des Bologna-Prozesses in die diametral andere Richtung geht, sprich: es findet eine Fragmentierung von Lehrinhalten und Kompetenzen statt, die der Entwicklung der Profession nicht gut tut und auch den Herausforderungen in keiner Weise gerecht wird. Man kann es auch ein bisschen platter sagen: Wir finden niemanden mehr, der hinreichend ausgebildet ist, um in unseren Büros zu arbeiten.

Gefroi: Wie erklären Sie sich das?

Berg: Mir scheint, der Konkurrenzkampf unter den Hochschulen ist eine Triebfeder. Vor allem aber führte die Abschaffung des hochgeschätzten Diplom-Ingenieurs zugunsten von Bachelor und Master diese Trennung herbei. Da wird eine breite Masse an, sagen wir vorsichtig, semi-ausgebildeten, schnell marktfähigen Absolventen geschaffen und nur eine kleine Gruppe einer Masterausbildung zugeführt. Für mich ist das Bestandteil der heutigen Deregulierungsprozesse und einer neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Das ist ein schlimmes Vergehen an den jungen Menschen, die mit ihrem Bachelor kaum eine berufliche Perspektive erhalten, die damit nicht kammerfähig sind und deren Kenntnisse fehlen. Dadurch werden Teile der Ausbildung auf die Büros verlagert, ganz einfach, weil sie nicht mehr an den Hochschulen angeboten werden.

Runge: Das kann ich voll unterstützen. In der Auseinandersetzung der achtziger und neunziger Jahre war die Frage der Querschnittsorientierung ein wichtiges Thema. Damit begann ja eine starke Einmischung der Landschaftsarchitekten in die Stadtplanung. Mit der heutigen Turbo-Ausbildung bleibt das auf der Strecke. Wieweit sind heutige Absolventen noch in der Lage, kompetent in der Stadtplanung mitzudiskutieren?

Gefroi: Führt diese Einmischung nicht auch zu einer Konkurrenz unter den Disziplinen?

Berg: Die klimagerechte Planung von Städten oder die Anpassungen unserer gebauten Umwelt an den Klimawandel, zum Beispiel im Bereich Hochwasserschutz, wären eigentlich klassische Felder von Landschaftsarchitektur oder Umweltplanung, sind aber heute elementare Bestandteile der Stadtplanung. Insofern drängen sich Kooperationen zwischen den Disziplinen geradezu auf. Also: keine Konkurrenz, sondern Synergien.

Gefroi: Ist die neuerliche Aufteilung der früheren BSU in eine Behörde für Stadtentwicklung und in eine Umweltbehörde in diesem Sinne eine richtige Entscheidung?

Runge: Das Thema ist uralte. Ursprünglich war die Landschaftsplanung im Landesplanungsamt angesiedelt. Wir haben damals immer für eine Ausgliederung gekämpft, weil wir der Meinung waren, dass die Landschaftsplaner zu sehr von den Stadtplanern dominiert und instrumentalisiert würden. Wir wollten die offene Auseinandersetzung zwischen den Disziplinen, um dann zu einem gemeinsamen Konzept zu kommen.

Berg: Ich würde mir eine eigenständige, klassische Umweltbehörde mit der Zusammenführung von Landschaftsplanung, technischen Umweltschutz und Naturschutz wünschen. Trotz aller komplexen Anforderungen und der Notwendigkeit, gemeinsam Lösungen zu entwickeln, ist wichtig, Kompetenzen in einem Haus zu konzentrieren, nicht zu fragmentieren in Projektgruppen, die im Tagesgeschäft untergehen. Ich glaube aber auch, dass die Rahmenbedingungen im stadtpolitischen Diskurs heute eine wichtigere Rolle spielen als der Behördenzuschnitt. Wenn es um die Belange von Landschafts- und Freiraumplanung geht, sind mittlerweile andere Faktoren von größerer Bedeutung.

Gefroi: Wird eine integrale Planung durch die Aufteilung der Planungsinstanzen in verschiedenen Häusern nicht behindert, oder sogar verhindert? Werden nicht wieder alte Feindbilder heraufbeschworen?

Berg: Das sehe ich überhaupt nicht so. Kluge Lösungen findet man durch das Sichtbarmachen unterschiedlicher Interessenslagen, die dann verhandelt werden müssen. Nach meiner Auffassung kranken viele Entscheidungen und Entwicklungen in Hamburg daran, dass diese Abwägung gegenläufiger Interessen viel zu früh und intransparent erfolgt. Ich denke, dass wir sehr gut damit beraten wären, widerstreitende Interessen als solche auch wieder wahrzunehmen.

Gefroi: Wie ist es um die gesamtstädtische Landschaftsplanung in Hamburg bestellt?

Berg: Sie sprechen über das Landschaftsprogramm? Das hat, genauso wie die Flächennutzungsplanung als Steuerungsinstrument ausgedient. Und zwar nicht, weil wir sie nicht brauchen, sondern weil ich nicht beobachten kann, dass die städtische Entwicklung großräumig noch gesteuert wird. Es ist ein Ausfall traditioneller Steuerungssysteme sowohl auf der Ebene der Stadtplanung als auch der Landschaftsplanung zu beobachten. Diese werden zunehmend ersetzt durch informelle Beteiligungsprozesse und isolierte Planungsentscheidungen. Damit werden wichtige Prozesse zur Stadt- und Landschaftsplanung einem demokratisch verfassten, gesetzlich niedergelegten Instrumentarium entzogen. Das ist bei der Landschaftsplanung genauso wie bei der Stadtplanung.

Runge: Das wird sich angesichts der aktuellen krisenhaften Entwicklung bei der Unterbringung von Flüchtlingen noch verschärfen. Die Entscheidungen, wo und wie Unterkünfte entstehen, fallen ad hoc und ohne planerische Grundlage. Ich würde noch einen Zusatz machen: Ob Zusammenarbeit gelingt oder nicht, ist natürlich auch personenabhängig. Es gab in jüngerer Zeit einige negative Beispiele, wo sich Personen aus purem Machtinteresse durchsetzen. Die Behördenstruktur ist solchem autoritären Gebaren recht förderlich.

Gefroi: Wie ist es um die Balance und Zusammenarbeit zwischen Behörde und Bezirken bestellt? Wir haben vor einigen Jahren eine sogenannte Kompetenzverlagerung weg von der Behörde, hin zu den Bezirken, erlebt. War das eine richtige Entscheidung?

Runge: Das war keine gute Entscheidung. Jeder Bezirk denkt nur bis zu seiner Grenze. Wir haben noch in den achtziger und neunziger Jahren Landschaftsrahmenpläne gezeichnet, die sich nicht nach Bezirksgrenzen, sondern Funktionsräumen orientierten. Das fehlt absolut.

Berg: Ich bin für eine Stärkung bezirklicher Kompetenzen. Ein Hamburger Bezirk hat genauso viele Einwohner und mindestens genauso viele Probleme wie große Gemeinden in Flächenstaaten – insofern glaube ich, dass bestimmte Entscheidungen besser auf der bezirklichen Ebene angesiedelt sind. Das macht aber nur Sinn unter zwei Bedingungen: Zum einen braucht man dann eine kompetente steuernde Landesplanung. Herr Runge hat eben erläutert, weshalb das wichtig ist. Und die zweite Bedingung ist, dass ausreichend qualifiziertes Personal in den Bezirken vorhanden ist. Wir beobachten derzeit das genaue Gegenteil: einen dramatischen Abbau bei gleichzeitig gewachsenen Aufgaben. Mit Aufgaben meine ich nicht einfach die Zahl der Bauanträge. Die Komplexität der Aufgaben und Projekte steigt ebenfalls.

Gefroi: Wenn man sich Grün- und Freianlagen in Hamburg anschaut, muss man feststellen, dass sie oft in einem zweifelhaften Zustand sind. Fehlt es an Personal und Geld, diese Grünanlagen in angemessener Form zu erhalten?

Runge: Absolut.

Berg: Man muss feststellen, dass sowohl bestehende als auch neu angelegte Anlagen konsequent verfallen. Das betrifft sogar unsere Gartendenkmäler. Es wird unzureichend oder falsch gepflegt. Es gibt kein Personal, um zu kontrollieren, ob die fremd vergebenen Pflegeaufträge ordentlich ausgeführt werden. Man muss sagen, das ist wirklich ein Raubbau an städtischem Eigentum. Mit dieser mangelhaften Pflege und den fehlenden Kapazitäten verlieren unsere Grünanlagen ihre Qualität und ihren Wert. Das steht in einem offensichtlichen Widerspruch zu all den Proklamationen der Stadt; ich nenne nur die Qualitätsoffensive Freiraum. Die Bedeutung des öffentlichen Raums steigt. Die Stadt wird verdichtet, die Zahl der Freiflächen schrumpft und der Nutzerdruck auf die verbleibenden Flächen steigt. Angesichts dessen kann man die Bedeutung einer guten Pflege dieser Anlagen gar nicht hoch genug schätzen. Dem steht die aktuelle Entwicklung diametral entgegen. Es gibt zahlreiche Beispiele, aber ich greife den Elbpark Entenwerder heraus. In die Planung und Umsetzung dieser Anlage ist damals viel Geld und Mühe geflossen. Aber gehen Sie da jetzt mal hin. Es ist ein Jammer zu sehen, wie Dinge, die mit einer hohen gartenarchitektonischen Kompetenz eingerichtet wurden, innerhalb weniger Jahre verfallen.

Runge: Dessen ungeachtet wird kräftig Reklame gemacht für die Verdichtung des Hamburger Ostens, die einher gehen soll mit einer Aufwertung der dortigen Grünanlagen. Das ist lachhaft. Nur eine Zahl: Berlin gibt pro Quadratmeter Grünfläche das Dreifache aus.

Gefroi: Dennoch bleibt ein Aufschrei aus. Warum ist das so?

Berg: Da muss ich Ihre Wahrnehmung korrigieren. Der Hamburger BDLA hat zusammen mit den anderen Grünen Verbänden Stellungnahmen veröffentlicht, Briefe an die Senatorin geschrieben etc. Ich meine, dass das Thema bekannt ist.

Gefroi: Gab es denn eine politische Reaktion?

Runge: Nein. Ich bin aktiv im Verein „Hamburg Grüne Metropole am Elbufer“. Wir verfassen, zusammen mit anderen Vereinen und Initiativen, Eingabe um Eingabe an das Bezirksamt Altona mit dem Ziel, dass die Pflege sich verbessert. Dort wehrt man ab mit dem Argument, dass man aus der Umweltbehörde nicht mehr Geld bekomme und verweist uns dorthin. Letztlich ist es der Senat, der nicht mehr Geld bereit stellen will. Die Kollegen in den Bezirksämtern sind zu Recht genervt, dass sie für einen Missstand verantwortlich gemacht werden, den sie nicht zu verantworten haben.

Berg: Mit dem Thema sachgerechte, fachgerechte Unterhaltung und Pflege von Grünanlagen gewinnt man politisch keinen Blumentopf. Anders als desolate Schultoiletten wird die unzureichende Pflege von Grünanlagen von vielen Menschen nicht als Mangel erkannt und auch nicht die Behebung des Missstands gefordert. Da fehlt schlicht der Druck der Nutzer.

Gefroi: Braucht es Wissen, um den Charakter von Grünanlagen und Parks überhaupt wahrzunehmen? Fehlt es an Allgemeinbildung in diesem Bereich?

Runge: Vollkommen richtig.

Berg: Es gibt durchaus Ansätze, wie beispielsweise die Spaziergänge entlang des grünen Rings, ein Bewusstsein für diese Qualitäten in der Bevölkerung zu schaffen. Ich kann Ihnen aber nur zustimmen, dass Wertschätzung mit Sehen und Bildung einhergeht. Wenn ich Bildung sage, meine ich vor allem die Schule. Es gibt durchaus einen Wissensdurst und den Wunsch nach guter, kluger Gestaltung. Das ist bei vielen Menschen auf einer emotionalen Ebene vorhanden, aber es muss entwickelt werden. Das ist ja nichts Neues: Kinder kennen keine Kaninchen mehr, außer in der Kühltruhe. Und Kinder erleben heute Natur nur noch als Blumenstrauß auf dem Tisch. Man muss Bewusstsein für die Schätze und die Bedeutung unserer unmittelbaren Lebensumwelt schaffen.

Gefroi: Ist da vielleicht auch etwas spezifisch Deutsches am Wirken, dieser sehr romantische Naturschutzgedanke, dass alles, was grün ist, wertvoll und erhaltenswert ist? Ich nenne ein Beispiel: In Eimsbüttel gibt es den Park am Weiher. Als man vor einigen Jahren anfing, den völlig zugewachsenen Uferbereich zu lichten um den Teich und diesen gestalteten Landschaftsraum wieder sichtbar zu machen, gab sofort Anwohnerproteste.

Runge: Das ist ein wunderbares Beispiel. Mein Büro hat damals die Sanierung gemacht. Als wir in der Bezirksversammlung erläutert haben, dass wir gewisse Bäume entfernen wollen, haben sich am nächsten Tag sofort Leute an die Bäume gekettet. Das ist in der Tat ein Problem, für das ich zig Beispiele nennen könnte. Da stoßen die fachliche Überlegung und die emotionale Sicht der Bevölkerung aufeinander.

Berg: Das ist ein sehr schwieriges Thema. Es treffen unterschiedliche Vorstellungen von Naturschutz aufeinander - fachlich-wissenschaftliche und emotional-subjektive. Solche Konflikte machen deutlich, dass das Aushandeln von Entwicklungen in einem städtischen Raum eine ungeheuer komplizierte Sache ist. Solch emotional besetzten Themen werden auch stellvertretend für andere städtische Konflikte ausgefochten.

Runge: Und auch politisch ausgenutzt, wenn ich an die Aktion „Mein Baum, meine Stadt“ von Senatorin Blankau denke. Die Aktion ließ sich in der Öffentlichkeit sehr gut verkaufen, aber alle Fachleute schlugen die Hände über dem Kopf zusammen.

Gefroi: Wieso? Weil dies zu Willkür führt? Oder weil die Verantwortung für das Stadtgrün an Private übertragen wird?

Runge: Beides. Wenn man einen Baum pflanzt, dann muss man auch wissen, wie man ihn unterhält. Das ist bei Bürgern ohne Fachwissen nicht gegeben. Und die Pflege kostet auch Geld.

Gefroi: Hamburg hat sich ja entschieden, nach innen zu wachsen. Diese Nachverdichtung wird forciert durch das Wohnungsbauprogramm des Senats.

Einerseits ist Wachstum nach innen natürlich sinnvoll. Aber wie groß ist andererseits die Gefahr für die Grünräume der Stadt?

Berg: Das geht fast nur auf Kosten der Freiräume. Ich halte die Umsetzung des Wohnungsbauprogramms für problematisch. Es gibt nur quantitative Zielvorgaben. Aussagen zu den Dichten der Quartiere, über Größen und Qualitäten von zugeordneten Freiräumen, über Auswirkungen auf das Stadtklima, Wasserrückhaltung, Nutzerkonflikte usw. fehlen. In einer größer werdenden, multikulturelleren Stadtgemeinschaft, in der sich die Unterschiede in Bildung, Einkommen, Status etc. verschärfen, brauchen wir eigentlich mehr Freiräume statt weniger. Und begleitet werden müsste das natürlich auch von einer Qualifizierung der Freiräume. Hamburg wird als grüne Stadt durch das Wohnungsbauprogramm beschnitten. Daran werden auch begrünte Dächer und Urban Gardening nichts ändern.

Runge: Freiräume zu beschneiden, um Wohnungsbau zu schaffen, bringt große Probleme. Ich erinnere nur einmal an das PKW-Stellplatzproblem, was durch Aufstockungen und Nachverdichtungen verschärft wird. Wir kennen alle die Klagen über zugestellte Fuß- und Radwege. Und die bestehenden Freiräume müssen verbessert werden. Die Aktivierung von Dächern als Grünflächen kann eine Chance sein. In Turin oder Mailand ist man in Sachen „grüne Häuser“ schon viel weiter. Ein brandaktuelles und höchst umstrittenes Thema ist die Frage, ob und wie weit man Kleingärten für die städtische Entwicklung opfert. Ich denke, dass die Kleingärtner ein Recht haben, sich zu wehren. Kleingärten waren einmal als nahegelegene Freiraumergänzungen für die dichten Arbeiterwohnquartiere gedacht. Wenn wir jetzt die Kleingärten an den Stadtrand verlegen, können die Kleingärtner ihre Scholle nur noch am Wochenende per Auto aufsuchen. Das kann es doch nicht sein.

Berg: Noch ein Grund, warum wir Zahl und Größe von Freiräumen nicht verringern dürfen: Die Nutzungsarten und -intensitäten sind enorm angewachsen. Laufen, Mountainbike-Fahren oder Skaten verträgt sich nicht mit beispielsweise dem Spazieren gehen. Die Konflikte nehmen zu. Menschen, die Kontemplation oder Erholung suchen, werden an den Rand gedrängt; Rückzugsräume und Stille werden rar.

Gefroi: Müsste der Nutzungsvielfalt also Grenzen gesetzt werden um Parks als Orte der Ruhe und Erholung zu schützen?

Berg: Persönlich würde ich das in jedem Fall mit Ja beantworten, auch auf die Gefahr hin, dass man dann als ewig Gestrige an den Rand gestellt wird. Die Frage der Verträglichkeit von Nutzungen wird heute viel zu wenig gestellt. Grenzen zu setzen, Forderungen zurückzuweisen gilt ja heute im gesellschaftlichen Diskurs per se als inakzeptabel. In Anbetracht der knappen Erholungsflächen und vielen Interessen wäre es umso wichtiger, auch einmal Verbote auszusprechen und durchzusetzen. Aber da traut sich die Politik nicht ran.

Gefroi: Wie beurteilen sie die Freiraumqualitäten in den neuen Quartieren?

Berg: In einer Stadt wie Hamburg mit solchen Bodenpreisen, in der Boden ein spekulatives Gut ist, kann es gar keine ausreichende Freiraumversorgung geben.

Runge: Die Immobilienwirtschaft wirbt gerne mit Lagen am oder im Grünen. Dort werden die höchsten Preise erzielt. Aber die Immobilienwirtschaft beteiligt sich mit keinem Cent an den Grünanlagen, mit denen sie viel Geld verdient.

Gefroi: Mir geht es eher um die Freiraumqualitäten in neuen Vierteln. Ich sehe, dass es statt eines Spielplatzes mal hier eine Wippe, mal dort eine Schaukel gibt – man tut nicht mehr, als die Vorschriften vorgeben. Ich sehe, dass das Innere von neuen Wohnblöcken nicht mehr für die Gemeinschaft gestaltet wird, sondern den Erdgeschosswohnungen als Gartenflächen zugeschlagen wird. Ich sehe Straßenräume ohne Aufenthaltsqualitäten, in denen selbst Sitzbänke fehlen.

Runge: Das ist wohl so. Es gibt Ausnahmen, in der Hafencity beispielsweise.

Berg: Wir haben das Instrument des qualifizierten Freiflächenplanes, der zu jedem Bauantrag mit eingereicht werden sollte. Das ist eine Möglichkeit, bestimmte Standards und Qualitäten für Baugebiete festzulegen. Doch es fehlt neben einem einheitlichen Verständnis zu erarbeitender Inhalte auf der behördlichen Seite an Kapazität und vielleicht auch an Fachkompetenz, diese Qualitäten bei den Investoren auch für kleinere und mittlere Projekten einzufordern und durchzusetzen.

Runge: Ein Beispiel dafür, wie es nicht laufen darf, ist das Bavaria-Quartier auf St. Pauli. Die Aufenthaltsqualität dort tendiert gegen Null. So etwas darf nicht passieren.

Gefroi: Hamburg ist Vorreiter bei den Business Improvement Districts, kurz BID's. Wie beurteilen Sie dieses Instrument? Ist es ein guter Weg zur Verbesserung von Freiraumqualität oder überwiegen die Nachteile?

Berg: Wenn sich die öffentliche Hand dazu entscheidet, sich aus ihrer Verantwortung für die Gestaltung und Pflege öffentlicher Räume zurückzuziehen, kann man darüber diskutieren, dass BID's besser sind als die Alternative von zunehmend verwahrlosten Straßenräumen. BID's sind eine Antwort auf die Mangelverwaltung. Für mich ist das Hauptproblem noch nicht einmal die Sorge, dass der Staat sich immer weiter aus seinen Zuständigkeiten zurückzieht und die Gestaltung öffentlichen Guts Privaten überlässt. Besorgniserregend ist für mich vor allem die Gefahr, dass BID's mittel- und langfristig zum Ausschluss bestimmter Nutzergruppen aus öffentlichen Räumen führt.

Gefroi: Also Beispiel Neuer Wall, wo im Zuge des BID's ein privater Sicherheitsdienst patrouilliert. Ein weiterer Aspekt: BID's gibt es nur dort, wo die Grundeigentümer das Interesse und die finanziellen Mittel zur Umgestaltung haben. Führt das dazu, dass die Stadt in wohlgestaltete reiche und auch ästhetisch abgehängte ärmere Viertel zerfällt?

Runge: Die Gefahr besteht durchaus.

Berg: Da spiegelt sich im Umgang mit Freiräumen nur eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung wider: Die Schere öffnet sich immer weiter.

Gefroi: Reden wir über die Gestaltung. Sie scheint mir bei den BID's recht ähnlich: Helle Straßenbeläge, edleres Stadtmobiliar, ungewöhnliche Pflanzen. Alles wirkt sehr hochwertig. Gibt es eine BID-Ästhetik? Wenn ja, welche Konsequenzen hat das für unsere öffentliche Räume?

Berg: Ja, die gibt es. Und mit dieser Gestaltungssprache wird auch eine Ausschlussfunktion ausgeübt. Mit einer bestimmten Freiraumgestalt signalisiere ich einer ungewollten Klientel, dass sie hier nicht willkommen ist. Die Gestaltung öffentlicher Räume kann eine Einladungs- aber genauso eine Ausschlussfunktion haben. Insofern ist Ihre Frage natürlich zutreffend gestellt. Ich muss mir als Freiraumplaner immer zwei Fragen stellen: „Für wen mache ich es?“ und „Was signalisiere ich damit?“. Mir erscheinen diese Räume nur für eine kleine Gruppe von Menschen attraktiv und einladend.

Runge: Wir dürfen nicht außer Acht lassen, dass auch die Freiraumgestaltung Moden unterliegt. Die Verbreitung durch die Fachpresse und das Internet spielt eine große Rolle. Heute wird alles edel designt - vor 20, 30 Jahren wurde jedes Haus mit Rankpflanzen begrünt und jeder Innenhof naturnah gestaltet. Und nun werden die Rankpflanzen in Ottensen alle wieder abgerissen.

Gefroi: Kommen wir zum Berufspolitischen. Es hat eine Reform der HOAI gegeben. Unabhängig von der akuten Gefährdung: Hat diese Reform für die Landschaftsarchitekten zu Verbesserungen geführt? Sind Leistungsbilder besser erfasst worden?

Berg: Da ich bei den Beratungen für den BDLA dabei war, kann ich dazu recht gut etwas sagen. Trotz der befürchteten nachteiligen Konsequenzen einer Aufteilung der Zuständigkeiten – die Bearbeitung der Leistungsbilder erfolgte in der Verantwortung des BMVBS und die nachfolgende Erarbeitung des preisrechtlichen Teils lag in der Zuständigkeit des BMWI -- fand der Erarbeitungsprozess in einem sehr produktiven Dialog und in einer sehr offenen Diskussionsatmosphäre statt, in den wir als berufsständische Vertretungen sehr kollegial eingebunden waren. Für die Landschaftsarchitekten ist es gelungen, die zunehmend komplexeren Anforderungen sowohl inhaltlicher Art als auch rechtlicher Natur gut abzubilden. Und mit der Erhöhung der Honorierung unserer Leistungsbilder ist ein ganz großer Schritt nach vorne getan worden. Das kann man gar nicht genug als Erfolg herausstellen. Schiefgelaufen ist bekanntlich die Bepreisung des landschaftspflegerischen Begleitplanes. Es wird mittlerweile auch vom Ministerium eingeräumt, dass da in der Bund-Länder-Abstimmung eine Panne passiert ist, die zu viel zu niedrigen Tafelwerten führte. Das wirkt in der Berufspraxis durchaus nach und muss bei einer Evaluierung der HOAI eine Rolle spielen. Aber unter dem Strich gab es eine sachgerechte Anpassung unserer Honorare.

Gefroi: Welche Rolle spielt der öffentliche Bauherr bei Vergaben? Eine rühmliche oder unrühmliche?

Berg: Wir müssen unterscheiden zwischen den unterschwelligen und den europaweiten Vergaben. Bei den europaweiten Vergaben ist so, dass die Anforderungen für die beizubringenden Referenzen dermaßen spezifisch sind, dass nur noch große Firmen oder irrwitzige Zusammenschlüsse in Arbeitsgemeinschaften eine Chance haben. Viele schlimmer aber sind, aufgrund der Intransparenz, die Vergaben im unterschwelligen Bereich. Sie sind oft auch betriebs- und volkswirtschaftlich fragwürdig. So gibt es zwischenzeitlich Ausschreibungen für Leistungen in einem Wert von 3.500 €! Viele Vergabeverfahren fördern auch nicht das Streiten um die beste Lösung, sondern einen brutalen Wettbewerb. Dies bildet sich ab in dem Verhalten von Architekten, im Umgang miteinander, in der ganzen Planungskultur. Diese übertriebene Konkurrenz und die intransparenten Verfahren führen letztlich mit dazu, dass wir Nachwuchsprobleme haben. Das ist eine der wichtigsten Baustellen, um die sich auch die Kammer kümmern sollte.

Gefroi: Wie ist es denn um die Rolle der Landschaftsarchitekten in der Kammer bestellt?

Runge: Ich habe in meiner Tätigkeit im Vorstand eigentlich nur positive Erfahrungen gemacht. Anliegen wurden ernst genommen und verfolgt.

Berg: Ich bin in keinem Kammergremium tätig und möchte mir nicht anmaßen, über die Arbeit der Kollegen zu urteilen. Es wird ja wohl viel Lobbyarbeit im Verborgenen betrieben und so manches in den Arbeitskreisen bewegt. Es mangelt aber an einer öffentlichen Positionierung. Ich habe nirgendwo die Architektenkammer als Vertretung unserer landschaftsarchitektonischen Interessen erlebt. Mir fehlt da der öffentliche Diskurs, der Streit, die Provokation. Für mich ist die Kammer, bezogen auf mein Tätigkeitsfeld, kaum wahrnehmbar. Beim Streiten und sich Einmischen ist noch Luft nach oben. Es täte der Stadt gut, wenn die Kammer mehr in die Offensive ginge. Dann kommt das Argument: Bringt euch ein. Natürlich, aber es ist doch wohl auch Aufgabe der ehrenamtlich im Vorstand tätigen, unsere Themen zu befördern. Wenn ich, wie vor zwei Jahren, auf der Kammerversammlung den Rechenschaftsbericht höre und das Wort Landschaftsarchitektur kommt kein einziges Mal vor, dann verwundert das schon.

Gefroi: Nun gibt es aber auch innerhalb der Kammer keinen Arbeitskreis, der sich mit Freiraumplanung und Landschaftsarchitektur beschäftigt, obwohl es, wie wir ja gerade im Gespräch gemerkt haben, etliche brisante Themen gibt. Warum setzt sich keiner für einen solchen Arbeitskreis ein?

Runge: Ich könnte jetzt natürlich über meine Zeit reden im Arbeitskreis Stadtentwicklung. Zu der Zeit, vor fünf bis sieben Jahren, haben wir zahlreiche Veranstaltungen gemacht, die auch einen Freiraumbezug hatten. Man muss die entsprechenden Personen finden, die das organisieren, die sich dahinter klemmen. Das ist, glaube ich, das große Problem aller dieser ehrenamtlichen

Tätigkeiten: Die jüngeren Kollegen sind so dermaßen in den Beruf eingebunden, dass sie für solche Dinge keine Zeit haben.

Berg: Ich stelle mir oft die Frage, ob dieses fehlende Engagement und diese fehlende Streitkultur nicht auch etwas Hamburg-spezifisches, oder allgemeiner ausgedrückt, Stadtstaat-spezifisches ist. Einlassungen, Provokationen, Diskussionen werden gescheut, weil die Nähe zwischen Auftraggebern – ob öffentlich oder privat - und Auftragnehmern so groß ist. Hinzu kommt unser Zeitgeist: Einmischung und Streit wird als Sand im Getriebe empfunden und wer eine divergierende Meinung vertritt, wird zum Störenfried, der Sanktionen fürchten muss. Ich glaube, das ist ein Dilemma, was uns alle umtreibt.

Gefroi: Aber umso wichtiger ist es doch, sich unter dem starken Dach einer Institution – der Kammer oder eines Verbandes – zusammenzutun, weil man dann nicht mehr den Einzelnen identifizieren kann sondern es eine Gemeinschaft ist, die sich äußert.

Berg: Unbedingt. Das ist für mich eine der wesentlichen Funktionen einer Kammer und die Aufgabe ihres Vorstands. **Runge:** Immerhin haben wir aus unserer Berufsgruppe einen Vizepräsidenten. Das macht doch Hoffnung für die Zukunft.

Gefroi: Vielen Dank für das Gespräch.